

**Beschlussvorlage der Verwaltung
Nachtragsvorlage**

Diese Vorlage

- ersetzt die Ursprungsvorlage.
 ergänzt die Ursprungsvorlage.

Gremium	Sitzung am	Beratung
Schul- u. Sportausschuss	18.02.2020	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Verwendung des Integrationsbudgets

Betroffene Produktgruppe

11.01.31.02.0007

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

keine

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Gemeinsame Sitzung SGA und JHA, 25.06.2019, TOP 2, Drucksachen-Nr.: 8486/2014-2020/1
Integrationsrat, 26.06.2019, TOP 10, Drucksachen-Nr.: 8486/2014-2020/1
FiPa, 02.07.2019, TOP 16, Drucksachen-Nr.: 8486/2014-2020/1

Beschlussvorschlag:

Der Schulausschuss beschließt:

1. Für Maßnahmen in den Schwerpunktbereichen „Sprache und Arbeitsmarkt“, „Schule/Bildung“ und „Zusammenleben im Quartier“ sollen insgesamt 4 Mio. € aus den Mitteln des Integrationsbudgets entsprechend der Anlage verwendet werden. Dabei entfallen
 - ca. 1,4 Mio. € auf den Bereich „Sprache und Arbeit“
 - ca. 1,1 Mio. € auf den Bereich „Schule/Bildung“
 - ca. 1,5 Mio. € auf den Bereich „Zusammenleben im Quartier“
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der in der Anlage 1 genannten Maßnahmen vorzubereiten und regelmäßig in den Ausschüssen dazu zu berichten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, bei Vorschlägen zur Verwendung des verbleibenden Betrages i. H. v. ca. 3,2 Mio. € folgende Punkte zu prüfen:
 - a) die Entwicklung und Schaffung eines Beratungsprogramms in Zusammenarbeit mit der WEGE sowie der IHK für Existenzgründungen von Menschen mit Migrationshintergrund
 - b) ein Informationskonzept für Angebote von muttersprachlichem Ergänzungsunterricht
 - c) die weitere Stärkung der bisherigen Sprachangebote

Begründung:

Die genannten Gremien haben in den Sitzungen im Juni und Juli die Bildung eines Integrationsbudgets beschlossen. Ausgehend von einem Gesamtvolumen von ca. 11 Mio. € und den gefassten Beschlüssen zur Verwendung des Budgets zur Finanzierung der Umsetzung des Teilhabechancengesetzes (1,9 Mio. €) und zur Ausfinanzierung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (1,92 Mio. €) verbleibt ein Betrag von ca. 7,2 Mio. €. Dieser soll gemäß der Vorlage 8486/2014-2020/1 zur Finanzierung von Maßnahmen dienen, die den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren und die Integration von benachteiligten Personengruppen in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Die Lenkungsgruppe „Bielefeld integriert“ hat die Vorschläge mitentwickelt. Dadurch wird eine konsequente Weiterführung der inhaltlichen Arbeit des Prozesses „Bielefeld integriert“ ermöglicht.

Die Verwaltung schlägt vor, hierfür zunächst einen Betrag i.H.v. 4 Mio. € für den Zeitraum von 3 Jahren vorzusehen. Zur Verwendung des verbleibenden Betrages i.H.v. ca. 3,2 Mio. € wird die Verwaltung zu gegebener Zeit weitere Vorschläge erarbeiten und zur Beschlussfassung vorlegen.

Folgende Überlegungen und Themenstellungen stehen dazu im Raum, die aber noch in entsprechenden Beschlussvorlagen zu konkretisieren sind:

- Deckung der Finanzierungsbedarfe für die weitergehenden konzeptionellen Überlegungen für die Bereiche
 - Arbeit der Beratungsstellen (Familien-, Erziehungs- und Sozialberatungsstellen)
 - zielgruppenspezifisches Streetwork
 - Arbeit der Bahnhofsmision
 - Krisendienst
 - Kontakt- und Beratungsstellenarbeit des Gemeindepsychiatrischen Verbundes

Dazu hat die Verwaltung entsprechend des Ratsauftrags (Drs.Nr.: 8744/2014-2020/1 vom 11.07.2019) noch zu berichten.

- Nutzung des Grünen Würfels auf dem Kesselbrink für ein soziales und kulturelles Angebot. Zielgruppe sollen junge Menschen Familien und Menschen aus dem Quartier sein.
- Ausstattung/ Optimierung einer Erstanlaufstelle für (Neu-) Zugewanderte im Rathaus

Die geplante Erstanlaufstelle ist eine gemeinsame Anlaufstelle verschiedener Institutionen (kommunale Einrichtungen, Verbände) in Bielefeld. Im Kern sind dies

- Migrationsberatung für Erwachsene MBE
 - Jugendmigrationsdienst JMD
 - Städtische Fachstelle für Geflüchtete
- Kofinanzierung der Fortführung des Psychosozialen Zentrums als Unterstützung für traumatisierte junge geflüchtete Menschen
 - Fortsetzung Jö-Sp-En

Interregionale Kooperation der REGE zwischen den Städten Bielefeld, mit dem Stadtbezirk Jöllenbeck, Spenge und Enger zur Schaffung arbeitsmarktlicher Perspektiven für zugewanderte Familien im SGB II-Bezug.

Der SGA hat in seiner Sitzung am 26.11.2019 vor dem Hintergrund eines Änderungsantrages der FDP-Fraktion 9849/2014-2020 (siehe Anlage 2) den Beschlussvorschlag der Verwaltung um den Punkt 3. erweitert und dementsprechend beschlossen.

<p>Beigeordneter</p> <p>Ingo Nürnberger</p>	<p>Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------

